St. Peters Bote,

die älteste deutsche katholische Zeitung Canadas, erscheint jeden Donnerstag in Muenster, Sask., und kostet bei Vorausbezahlung:

In Canada, per Jahrgang $2.00
In Ver. Staaten u. Ausland, $2.50
Einzelne Nummern 10 Cents.

Ankundigungen werden berechnet zu 1.00 Dollar pro Zoll einspaltig für die erste Einrückung, 50 Cents pro Zoll für nachfolgende Einrückungen.

Lokalnotizen werden zu 20 Cents pro Zeile wochentlich berechnet.

Geschaftsanzeigen werden zu $2.00 pro Zoll für 4 Insertionen, oder $20.00 pro Zoll jährlich berechnet. Rabatt bei großen Aufträgen gewährt.

Jede nach Ansicht der Herausgeber für eine erstklassige katholische Familienzeitung unpassende Anzeige wird unbedingt zurückgewiesen.

Man adressiere alle Briefe u.s.w. an
ST. PETERS BOTE,
Muenster, Sask., Canada.

St. Peters Bote.

Ein Familienblatt zur Erbauung und Belehrung.

Die erste deutsche katholische Zeitung Canadas, wird mit Empfehlung des hochw'sten † Bischofs Pascal von Prince Albert und des hochw'sten † Erzbischofs Langevin von St. Boniface, wöchentlich herausgegeben von den Benediktiner-Vätern zu Münster, Sask., Canada.

19. Jahrgang, No. 33. Münster, Sask., Dönnerstag den 28. September 1922. Fortlaufende No. 969.

St. Peters Bote,

the oldest Catholic newspaper in Saskatchewan, is published every Thursday at Muenster, Sask. It is an excellent advertising medium.

SUBSCRIPTION:
$2.00 per year, payable in advance.
$2.50 to the United States and abroad
Single numbers 10 cents.

ADVERTISING RATES:
Transient advertising $1.00 per inch for first insertion, 50 cents per inch for subsequent insertions. Reading Notices 20 cents per count line. Display advertising $2.00 per inch for 4 insertions, $20.00 per inch for one year. Discount given on large contracts. Legal Notices 12 cts. per agate line 1st insertion, 8 cts. later.

No advertisement admitted at any price, which the publishers consider unsuited to a Catholic family paper.

Address all communications to
ST. PETERS BOTE,
Muenster, Sask., Canada.

Vom Ausland.

Berlin. Ein erschütterndes Bild der inneren Zustände in Deutschland infolge der schlechten Ernte und der „unerfüllbaren Forderungen" der früheren Feinde zeichnete Kanzler Wirth in einer Unterredung mit dem Berliner Vertreter der Westminster Gazette. Deutschlands einzige Hoffnung, meinte er, liege in Amerika. Der Hunger, sagte der Kanzler, welcher infolge der schlechten Ernte befürchtet wird, erzeugt eine ausnehmend gefährliche Lage und ernste Befürchtungen für die nächste Zukunft. Wenn das Elend anhält, drohen innere Unruhen. Jeder kann für sich selbst die schrecklichen Leiden unserer Mittelklasse sehen, welche heute vor der Gefahr der Vernichtung steht. Die Armut in Deutschland ist entsetzlich und besteht die Befürchtung einer sozialen Revolution.

— In Deutschland müssen Hundebesitzer jetzt auf ihre Hunde sehr Acht geben, auf daß die Hundeschlächter sie nicht erwischen. Die hohen Fleischpreise und die Knappheit von Nahrungsmitteln im allgemeinen haben Hundefleisch wieder begehrt gemacht. Aus der Zahl der Hunde, die für menschlichen Verbrauch getötet werden, läßt sich auf die Fleischlage schließen. Aus veröffentlichten amtlichen Ziffern geht hervor, daß in den letzten drei Monaten 3041 Hunde in Berlin getötet und von den Fleischinspektoren für menschliche Nahrung durchgelassen wurden. Dies ist mehr als zweimal soviel wie der Durchschnitt für drei Monate in den Jahren von 1905 bis 1914 und dreimal soviel wie im ersten Quartal dieses Jahres. Es wird jetzt fast ebensoviel Hundefleisch gegessen, wie in der Zeit der Kriegsblockade.

Potsdam. Die Vermählung des vormaligen Kaisers Wilhelm mit der verwitweten Prinzessin Hermine von Schönaich-Karolath ist warscheinlich im November, wie nach einem hier abgehaltenen Familienrat des Hauses Hohenzollern angekündigt wird. Der Zusammenkunft wohnten mit Ausnahme des früheren Kronprinzen Friedrich Wilhelm, der bei seinen Vater in Doorn weilt, alle Söhne des vormaligen Kaisers bei. Alle Söhne, sowie die vormalige Kronprinzessin stimmten der Heirat zu. Prinzessin Schönaich ist 35 Jahre, Mutter von fünf Kindern, das älteste 14. Sie besitzt ein großes Gut in Saarbor, Schlesien. Seitdem Meldungen über die Verlobung des Kaisers in Umlauf kamen, nahmen die Monarchisten gegen das Bündnis Stellung. Sie widersetzten sich hauptsächlich, weil die Prinzessin keinen königlichen Rang hat. Sie ist nur „Durchlaucht". Vor ihrer Heirat mit dem Prinzen Johann von Schönaich-Karolath, der im April 1920 starb, führte sie als Prinzessin Hermine von Reuß den Titel Hoheit. Die Prinzessin ist groß und schön. Sie ist blond, ihr reiches Haar umgibt ein Antlitz von ausnehmendem Reiz. Im Schlosse des vormaligen Kaisers in Doorn war sie vielfach zu Besuch. Auf den Kaiser soll die Prinzessin zuerst durch ihr Beileidsschreiben anläßlich des Todes von Kaiserin Augusta Eindruck gemacht haben. Er lud sie darauf zu einem Besuche ein. Spätere Besuche folgten und führten zu der Verlobung.

München. Die bayrische Regierung hat die Grenzen des Staates gegen Ausländer verschlossen mit der Erklärung, daß dies zum Schutze der Landesbevölkerung notwendig sei, weil Ausländer durch übertriebenes Einkaufen die Läden geleert hätten, und weil die Preise beständig stiegen. Touristen dürfen Bayern nicht betreten. Ausländern ist der Zutritt nur auf die dringendsten Gründe hin gestattet, und jetzt sich in Bayern befindliche Ausländer die mehr kaufen, als für ihre täglichen Bedürfnisse notwendig ist, werden sofort ausgewiesen werden.

— Im Verfassungsausschuß des bayrischen Landtages wurde nach neu-österreichischem Muster von den „Unabhängigen" Sozialdemokraten der Antrag eingebracht auf sofortige Ausweisung der Mitglieder des Hauses Wittelsbach, die als Thronanwärter in Frage kommen, oder auf Bestrafung mit Gefängnis von drei Monaten bis zu fünf Jahren, wenn sie auf bayrischem Boden betroffen werden; ferner ein Antrag der die Erwirkung eines Reichsgesetzes verlangt, wonach sämtliche Thronanwärter ehemaliger regierender Familien aus Deutschland ausgewiesen werden können. Die Anträge wurden gegen die Stimmen der „Unabhängigen" abgelehnt. Graf Pestaloza von der bayrischen Volkspartei, der Berichterstatter über diese Anträge, erklärte: „Ich kann der Empörung meiner Parteifreunde darüber Ausdruck geben, daß wir es erleben mußten, daß ein Bayer die Ausweisung der Wittelsbacher verlangt, die elfhundert Jahre im Lande ansässig sind. Wir stehen auf dem Standpunkte, daß, wenn man Ausweisungen verlangen will, jene Leute ausgewiesen werden sollen, die zum Zwecke des Hetzens und Stänkerns anwesend sind, aber nicht ansässige Menschen." Staatsminister des Innern Dr. Schweyer sagte u. a.: „Es ist fast schade um die Zeit, die man auf diese Anträge verwenden muß. Ich habe die Anträge mit dem Gefühl des Ekels vor solchen sogenannten demokratischen Grundsätzen, wie sie in diesen Anträgen vertreten sind, und mit dem Gefühl des Mitleids über ein solches demokratisches Gefühl gelesen. Wir Bayern lassen uns in keiner Weise irremachen in dem Gefühle der Dankbarkeit gegen unser angestammtes Königshaus." Echte Manneswerte und -Taten wider Buben und feile Knechte der Juden!

Allenstein, Ostpreußen. Diese Stadt hat die alte deutsche Flagge Schwarz-Weiß-Rot als die ihre angenommen, obgleich es durch Reichsgesetz verboten ist, sie zu entfalten. Die Bürger von Allenstein stimmten dafür, daß sie in der Stadt weiter wehen solle, da sie und ihre Söhne unter diesen Farben gefochten und die Stadt ihre Existenz unter ihnen verbracht. Die Nationalregierung kann nichts dagegen tun.

Manila. Vincente Letens, ein Mitglied der philippinischen Delegation, die nach Washington gesandt worden war, um bei der amerikanischen Regierung dahin zu wirken, daß den Inseln die Unabhängigkeit gegeben werde, befürwortete nach seiner Rückkehr, daß die Bewohner der Philippinen sich zu passivem Widerstande gegen die Herrschaft der Ver. Staaten zusamschlößen in Nachahmung der von Gandhi in Ostindien ins Leben gerufenen Bewegung, um die Unabhängigkeit zu erzwingen. Er sagte, die Amerikaner hätten eine falsche Vorstellung von den Philippinern und hielten sie unfähig zur Selbstregierung, die Massen in den Ver. Staaten seien aber „für ehrliches Spiel und würden schnell nachgeben" wenn das von ihm befürwortete Programm ausgeführt würde.

Danzig. Der Oberkommissär der Freien Stadt Danzig hat auf Antrag des Senats folgende Entscheidung über die Zustände des diplomatischen Vertreters der Republik Polen gegenüber der Freien Stadt Danzig bekannt gegeben: Ich entscheide: 1. Daß die Zuständigkeit des diplomatischen Vertreters der polnischen Regierung, der in Danzig seinen Amtssitz hat, begrenzt ist durch den Artikel 1 der Konvention vom 9. November 1920 und daß kein anderer Artikel entweder des Vertrages von Versailles oder der Konvention ihm irgendwelche weitere Machtbefugnisse gibt. 2. Daß die polnische Regierung nicht daß Recht hat, eine fremde Flotte, welche die Freie Stadt besucht, offiziell in Danziger Gewässern oder auf Danziger Grund und Boden durch den diplomatischen Vertreter in Danzig oder auf irgend einem anderen Weg zu begrüßen; 3. Daß, wenn die polnische Regierung den Wunsch hat, eine fremde Flotte in Danziger Gewässern oder auf Danziger Grund und Boden zu begrüßen, sie an die Danziger Regierung in dieser Hinsicht herantreten solle, nicht auf Grund eines polnischen Rechtes, sondern auf Grund eines polnischen Gesuches."

Memel. Angesichts der Erwartung, daß der Termin für das im Versailler Vertrag für Memel vorgesehene Plebiszit für Memel nunmehr endlich, und zwar in allernächster Zeit festgesetzt werden wird, ist die Plebiszit-Bewegung in Fluß geraten. So haben sich die in Deutschland zur Zeit wohnhaften Memelländer an den Botschaftsrat mit dem Ersuchen gewandt, ihnen die Teilnahme an der Urabstimmung zu gestatten, wie solches in Oberschlesien der Fall gewesen ist. Im Versailler Vertrag (Artikel 99) hat Deutschland auf jeden Anspruch, in die Gestaltung der Memelland-Verhältnisse einzugreifen, verzichtet. Den Memelländern wurde indessen die Abhaltung eines Plebiszits, ob sie bei Deutschland bleiben oder an Litauen fallen sollten, zugesagt, ohne daß diese Zusage bis jetzt gehalten worden wäre. Aus eigener Vollmacht hätte das Memelland dann eine Abstimmung vorgenommen, bei welcher 90 Prozent der Stimmen für Verbleiben bei Deutschland sich erklärten. Auch eine Befragung der Eltern, ob sie die litauische Sprache in die Schulen eingeführt wünschen, ergab, trotz aller litauischen Gegenbemühungen, ein Ablehnungs-Resultat mit gleich überwältigenden Mehrheiten. Beide Abstimmungen wurden von der Entente nicht anerkannt. Nun machen die Bewohner des deutschen Memellandes, das Recht der Selbstbestimmung heischend, mobil für die entscheidende Urabstimmung.

London. Ungefähr tausend Offiziere und Mannschaften des Königlichen Fliegerkorps der britischen Armee sind von Southhampton nach Mesopotamien abgefahren.

— Moderne Luftschiffe von der deutschen Art können die Reise aus London nach dem Nordpol, eine Strecke von 4,600 Meilen, binnen einer Woche zurücklegen, sagte Major Carr, Luftsachverständiger der Shackleton Sudpolexpedition.

Dublin. Dublin ist wieder der Schauplatz von Kämpfen zwischen Freistaattruppen und republikanischen Rebellen. Bewaffnete Irreguläre brachen aus Häusern in allen Stadtteilen hervor und eröffneten Feuer auf Freistaattruppen. Die Irregulären handelten nach einem sorgfältig entworfenen Plane. Die Freistaatsoldaten erwiderten den Angriff mit Panzerautomobilen und Maschinengewehren und trieben die Irregulären von den Straßen. 20 Mann sollen in den Kämpfen getötet worden sein. Auch in anderen Teilen des Freistaates fanden Kämpfe zwischen Irregulären und Regierungstruppen statt.

— Die Identität der Mörder Michael Collins' ist der Freistaatregierung bekannt. Die Irregulären die Collins auflauerten, waren unter der Führung eines früheren engen Freundes Collins, über dessen Bewegungen die Regierung von weiblichen Anhängern der Rebellen auf dem Laufenden erhalten wird. Die Mörder, die sich in dem Hügellande bei Corkversteckt halten, werden jetzt von Freistaatsoldaten verfolgt. Dies wurde von einem Dubliner, der eine hohe Stellung im Freistaat einnimmt, gesagt. Dieser Mann erklärte, daß die Zustände in Südirland sich stetig verschlechterten. Die Leiter des Freistaats wundern sich über die Menge Munition, die die Irregulären zur Verfügung haben. Man glaubt in Dublin, daß ein großer Teil dieser Munition aus England kommt, und auch Amerika und Deutschland stehen im Verdacht der Lieferung von Munition. Die britische Regierung ist entschlossen, weiteres Einströmen von Waffen nach Irland zu verhindern, und hat Polizeimannschaften entlang der Küste verteilt, die alle Schiffe durchsuchen.

Genf, Schweiz. Hier ist eine Abordnung von Negern eingetroffen, die im Auftrage des kürzlich in New York abgehaltenen Weltkongresses der Neger gekommen ist, um den Völkerbund zu ersuchen, den Negern frühere deutsche Kolonien in Afrika zu überlassen, damit dort eine Rasseheimat für Neger gegründet werden könne.

— Ungarn gehört nunmehr dem Völkerbund an. Seine Aufnahme in den Bund erfolgte einstimmig durch die Völkerbundversammlung. Delegat Loudon, der Vertreter Hollands, teilte der Versammlung mit, Graf Banffy, der ungarische Minister des Aeußern, habe genügend Gewähr gegeben, daß Ungarn allen seinen Verpflichtungen nachkommen würde. Delegat Osuecky von Tschechoslowakien machte die Versammlung darauf aufmerksam, daß gewissen Anzeichen zufolge der Militärzwang noch immer in Ungarn existiere, ungeachtet der Bestimmungen des Friedensvertrags.

Warschau. Präsident Pilsudski von Polen ist zu einem freundschaftlichen Besuch nach Rumänien abgereist, um die herzlichen Beziehungen zwischen den beiden Ländern von neuem zu bekunden.

Der türkisch-griechische Konflikt.

London, 23. Sept. Wie Premier Lloyd George heute in einer Erklärung an die Presse sagt, bietet Groß Britannien Alles auf, um den Krieg im Nahen Osten zu verhüten. England ist um sofortige Vereinbarung einer Konferenz aller beteiligten Nationen bemüht. Lloyd George befürwortet, daß der Völkerbund die Freiheit der Dardanellenstraße garantiert. Die Freiheit der Straße, erläuterte er, sei von einschneidendem Interesse für Groß Britannien und die ganze zivilisierte Welt. Wenn der Krieg nach Thrazien übergreife, so könne ein Brand entstehen, der schwer zu löschen sei. Man darf nicht vergessen, daß der große Krieg im Balkan ausbrach, sagte der Premier. Die Minister versammelten sich mit Lloyd George in Downing St., um zu entscheiden, ob die Türken wieder nach Europa hineingelassen werden sollen. Weitere Truppen sind nach den Fronten bei den Dardanellen und Konstantinopel entsandt, wo die Türken zusammengezogen werden. Mit dem Streit zwischen Griechenland und der Türkei, bemerkte der Premier, habe kein britisches Vorgehen etwas zu tun. Die britische Regierung sei zwischen den Griechen und Türken unparteiisch gewesen. Vor wenigen Wochen drohten die Griechen auf Konstantinopel zu marschieren und General Harrington, der britische Armeeführer in Konstantinopel, habe damals die Griechen in gleichen Ausdrücken verwarnt wie jetzt Mustapha Kemal Pascha.

Paris, 23. Sept. Alliierten Diplomaten liegt heute die Frage der Rückkehr der Türken nach Europa vor. Das französische und das britische Kabinett beraten über die Zurückgabe von Konstantinopel an die siegreichen Truppen der Nationalturken. Das französische Kabinett billigte den Vorschlag, welche eine Einladung an Kemal zur Beteiligung an einer Friedenskonferenz enthält. Der Vorschlag schließt auch Zurückgabe des östlichen Thrazien an die Türkei und die Internationalisierung der Dardanellenstraße ein. Französische Zeitungen erklären heute unumwunden, daß Frankreich, Britannien und Italien sich auf Zurückgabe von Konstantinopel an die Türken geeinigt haben.

Paris, 21. Sept. Die Rückkehr der Türken nach Europa wurde gestern abend gesichert, als Großbritannien, Frankreich und Italien in der letzten Sitzung der alliierten Konferenz alle die türkisch nationalistischen Friedensvorschläge gutgeheißen haben. Die türkischen Ansprüche auf Ost-Thrazien, Maritza und die alte türkische Hauptstadt Adrianopel wurden als annehmbare Friedensvorschläge gutgeheißen, denen Frankreich, Großbritannien und Italien in einer baldigst in Venedig einzuberufenden Friedenskonferenz, an der auch der Führer der türkischen Nationalisten, Mustapha Kemal Pascha, teilnehmen sollte, eventuell beipflichten würden.

Konstantinopel, 25. Sept. Hamid Bey, der Repräsentant der Angora-Regierung in Konstantinopel, hat heute erklärt, daß die Einladung von Seiten der Alliierten zu einer Friedenskonferenz auf Grund der angegebenen Bedingungen von den türkischen Nationalisten nicht angenommen werden konnen, weil sie nicht weit genug gehen. Die Bewegungsfreiheit der Türken würde durch Annahme der alliierten Bedingungen zu sehr gehemmt sein. Endlich sei es ratsam, auch Rußland und Bulgarien zur Friedenskonferenz einzuladen, weil auch sie an der Dardanellenstraßenfrage Interesse haben.

Konstantinopel, 26. Sept. Die Antwort der türkisch nationalistischen Regierung auf die Friedensnote der Alliierten ist fertig und enthält die Annahme der Bedingungen, welche auf der Pariser Konferenz formuliert wurden. Die Türken bestehen jedoch darauf, daß sie berechtigt seien, militärische Vorschiebungen vorzunehmen während der Dauer der Konferenz, und verlangen, daß Rußland, Persien und Bulgarien zur Konferenz bezogezogen werden. (Somit scheint also die Gefahr eines neuen Weltkrieges beseitigt zu sein. Die Red.)

Aus Canada

Saskatchewan.

Regina. Hier hat eine Versammlung von Vertretern der Banken, Hypothekengesellschaften, Farmgerätsfabrikanten, Großhändlern u. anderen unter Vorsitz der Regierung stattgefunden, um Milde bei Eintreibung der Schulden der Farmer anzuraten. Premier Dunning kündete in der Konferenz an, er sehe keinen Ausweg, daß falls die Weizenpreise weiter heruntergehen, würde er sich voraussichtlich bewogen fühlen, ein Moratorium einzuführen. Dies sei die einzige Maßregel, welche der Regierung zur Verfügung stände, um es dem Farmer möglich zu machen, etwas Geld von der diesjährige Ernte zu retten. Banken und Hypothekengesellschaften sind in den meisten Fällen gern bereit, Nachsicht zu üben und zu warten, denn es ist nicht in ihrem Interesse, daß der Farmer vom Land getrieben wird. Schwierigkeiten kommen jedoch bereits durch die Farmmaschinen-Agenten. Diese Gesellschaften machen dieselben für alle Schulden haftbar, indem sie die Wechsel der Farmer gegenzeichnen müssen und wenn der Farmer nicht zahlt, müssen sie es selbst tun. Da sind ferner die kleinen Geschäftsleute, bei denen der Farmer nur „kauft", wenn er kein Bargeld hat. Hat der Farmer Geld, dann schickt er es an ein Versandhaus in Winnipeg oder Toronto. Dieser kleine Geschäftsmann sieht nur im Besitz Bargeld und hat Buchschulden, die nicht im Verhältnis zu seinem Vermögen stehen. Er wird vom Großhändler bedrängt und so drängt er wieder den Farmer. Wie Premier Dunning sagt, gibt es nur ein Mittel, durch welches die Regierung in diese Verhältnisse eingreifen kann, und das ist ein Moratorium, unter welchem die Regierung erklärt, daß die Bewohner der Provinz für eine gewisse Zeit nicht zur Bezahlung ihrer Schulden gezwungen werden können. Die Wirkung einer solchen Maßregel wurde aber sein, daß aller Kredit aufhört und alles gegen Bar bezahlt werden muß. Banken und Hypothekengesellschaften werden aufhören, Geld auszuleihen,

(Fortsetzung auf Seite 8.)